

---

## FORUM: Teilen verbindet\*

---

### Christine Weiske: Warum Teilen frustriert und was dagegen getan werden sollte

---

Dr. Christine Weiske, geb. 1949 in Halle, ist Sprecherin im Bundesvorstand der Grünen.

Vor zwei Jahren schien die Welt der Finanzen und der Verteilung für die Bundesregierung noch in Ordnung zu sein. Das schwarz-rot-goldene Einigungs-pathos bestimmte die politische Seelenlage der Nation. Da fiel es nicht schwer, die harten Fakten der Ökonomie zu verdrängen und die Skeptiker der wirtschaftlichen Sturzgeburt der Vereinigung als vaterlandslose Gesellen zu brandmarken.

Die Finanzierung der deutschen Einigung wurde regierungs-offiziell als politisches Manöver der leichteren Art deklariert: erst der marktwirtschaftliche Urknall mit der Einführung von Wirtschafts- und Währungsunion und einer weitgehend kreditorientierten „Anschubfinanzierung“ - dann die entfesselten Marktkräfte mit einem selbsttragenden Aufschwung im Osten, der die zuvor ausgegebenen öffentlichen Mittel in die Staatshaushalte zurückfließen lassen sollte. Inzwischen ist dieses leichtfertige, magische Szenario als wahlkampfbedingtes politisches Schmierentheater enttarnt. Der deutsch-deutsche Angleichungsprozeß zweier konträrer Volkswirtschaften ist von außerordentlich komplizierter Natur. Er erfordert beträchtliche Transferzahlungen von West nach Ost und bringt brisante Verteilungskonflikte einer neuen Qualität hervor.

#### Ausgeprägte Krisenstimmung

Charakteristisch für die aktuelle Stimmung im Lande ist eine tiefe Verunsicherung über die wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven. Die Auguren der Demoskopie konstatieren in der Bevölkerung eine ausgeprägte Krisenstimmung. Solidaritätsappelle im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit stoßen auf zunehmendes Mißtrauen und auf Verbitterung. Dafür gibt es im wesentlichen vier Gründe:

1. Die Bundesregierung hat Erwartungshaltungen provoziert, die sich als unreal erwiesen haben: Den Menschen im Osten Deutschlands wurde der

schnelle Sprung in die langersehnte ökonomische Prosperität versprochen, bei dem niemand auf der Strecke bleiben sollte. Im Westen wurde der Aufbau des Ostens als finanzielles Nullsummenspiel verkauft, das noch nicht einmal Steuererhöhungen erforderlich mache. Nun geht im Osten mindestens die Hälfte der Bevölkerung - die sich als „Kolonie im eigenen Land“ empfindet - einer Ungewissen Zukunft entgegen. Und auch im Westen schrillen die Alarmsirenen angesichts steigender Staatsverschuldung, inflationärer Entwicklung und härter geführter Verteilungskämpfe.<sup>1</sup>

2. Die unteren Schichten Westdeutschlands reagieren auf Solidaritätssappelle zunehmend allergisch. Ihr Zorn ist berechtigt: Die Bundesregierung hat zur Finanzierung der Einheitskosten vorrangig den kleinen Leuten und den Beziehern mittlerer Einkommen in die Taschen gegriffen. Steigende Verbrauchssteuern und Sozialabgaben, höhere Zinsen und somit ansteigende Lebenshaltungskosten belasten insbesondere diejenigen überdurchschnittlich, die mit knappen finanziellen Mitteln auskommen müssen. Die soziale Schieflage in diesem Zusammenhang ist offensichtlich: Die Bezieher hoher Einkommen und (Geld)-Vermögen blieben weitestgehend ungeschoren. Sie profitieren sogar indirekt von der wachsenden Staatsverschuldung durch höhere Zinserträge.

#### Historisch einmalige verteilungspolitische Gemengelage

3. Es ist eine historisch einmalige verteilungspolitische Gemengelage, die Irritationen und Radikalisierungen hervorgerufen hat:

- das innerdeutsche West-Ost-Gefälle mit einem beträchtlichen Transferolumen,
- der klassische Verteilungskonflikt zwischen den unteren und oberen sozialen Schichten,
- der geschlechtsspezifische Aspekt der Verteilungsauseinandersetzungen: Frauen, die im Westen den gleichberechtigten Zugang zu Erwerbsarbeit und Einkommen zunehmend reklamieren, während sie im Osten überproportional aus der Erwerbsarbeit verdrängt werden,
- Flüchtlinge aus dem Osten und dem Süden, die in den reichen Norden drängen,
- der Verteilungskonflikt in seiner ökologischen Dimension: Die Preise werden wohl bald angesichts bedrohter Wälder und vergifteter Böden über Umweltsteuern und -abgaben die ökologische Wahrheit sagen müssen - eine Art Umverteilung zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Generationen steht bevor.

Die vielfältigen Ebenen des gegenwärtigen Verteilungskonfliktes provozieren ein diffuses Unbehagen und Abwehrreaktionen insbesondere bei denjenigen, die sich überfordert fühlen.

---

<sup>1</sup> Das etablierte Parteiensystem scheint sich in Erosion zu befinden.

### Vielstufige Hierarchisierung

4. Ausgeprägt disparate Sozialstrukturen wie die marktwirtschaftlich-kapitalistisch organisierter Gesellschaften tendieren dazu, solidarische Regulationen zu blockieren. Sie bringen zwar mit ihrer hohen Produktivität ein großes Umverteilungsvolumen hervor. Aber trotz sozialstaatlicher Umverteilung bleibt eine vielstufige Hierarchisierung der sozialen Schichtung: Im Zentrum steht ein breiter Mittelschichtsbauch, ganz unten die (wohnungslosen) Habenichtse und ganz oben die Milliardäre. Die zahlreichen sozialen Gruppen dazwischen orientieren sich in ihrem Status, Einkommen, Vermögen und Konsum eher an den Gruppen, die auf der sozialen Rangleiter „über“ ihnen stehen: eine Quelle chronischer Unzufriedenheit und eine Erklärung dafür, daß selbst in der Oberschicht und oberen Mittelschicht die Bereitschaft zu teilen wenig ausgeprägt ist. Selbst Multimillionäre und Spitzenpolitiker definieren sich als arme Schlucker, wenn sie ihre Einkommen mit denen von Milliardären oder Managern vergleichen.

Die Ausgangslage für einen Kraftakt der Solidarität zum Aufbau Ostdeutschlands, zur Umverteilung zugunsten westdeutscher Unterprivilegierter, zur ökologischen Verpflichtung gegenüber zukünftigen Generationen und zur internationalen Hilfe von Verfolgten und Verarmten ist insofern denkbar ungünstig. Hinzu kommt, daß die kompromittierte politische Klasse angesichts skandalträchtiger Affären nicht in der Lage ist, für solidarische Krisenlösungen glaubwürdige Orientierungen zu geben. Es gibt realpolitisch gesehen keinen Königsweg für solidarische Lösungsmuster. Lösungen müssen auf drei Ebenen angestrebt werden.

### Solidarpakt erforderlich

1. Es bedarf eines „Solidarpaktes“ beziehungsweise eines „neuen Gesellschaftsvertrages“, bei dem die Oberschicht und die obere Mittelschicht die Finanzierungslasten überproportional zu tragen haben. Bestand in der keynesianischen Ära der stillschweigende Gesellschaftsvertrag („Klassenkompromiß“) darin, daß alle sozialen Gruppen Wachstumsgewinnler waren und wesentliche Umverteilungen nicht erfolgten, so müssen in der gegenwärtigen Situation die Besserverdienenden und Vermögensbesitzer einen substantiellen Solidaritätsbeitrag erbringen. Sie sind dazu in der Lage: Allein das Geldvermögen der privaten Haushalte hat mit etwa 3 000 Milliarden DM und üppigen Zinserträgen einen Höchststand erreicht. Eine Welle der Erbschaften steht in diesem Jahrzehnt bevor. Auch bei den privaten Unternehmen ist das Liquiditätspolster mit fast 700 Milliarden DM auf einem Rekordniveau.

Es müßte den Besitzbürgern dämmern: Falls die Schere zwischen Ost und West, unten und oben, Süden und Norden immer größer wird, könnte es auch für sie ungemütlich werden. Die explosionsartigen Ausbrüche in der US-amerikanischen Gesellschaft zeigen an, wie sich die „Underdogs“ verhalten können, wenn ihnen weiterhin elementare Lebenschancen verweigert werden.

2. Es gibt in Gruppen der westdeutschen Gesellschaft - insbesondere bei den „Postmaterialisten“ der neuen Mittelschichten - das verbreitete Bedürfnis, Erwerbsarbeit und Einkommen zu teilen, um Arbeit und Leben besser vereinbaren zu können. Es bedarf insofern weiterer Arbeitszeitverminderungen und (befristeter) Freistellungen von der Erwerbsarbeit, auch um die Erwerbslosigkeit zu reduzieren und mehr Frauen den Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit zu eröffnen. Tarifvertragliche und gesetzliche Regelungen müssen das vorhandene (Eigen)-Interesse nach einer Umverteilung von Erwerbsarbeit und Einkommen - das auch gesellschaftlich vernünftig ist - aufgreifen und forcieren.

#### Weniger, aber besser

3. Das Verhältnis zwischen West- und Ostdeutschland darf nicht auf bloße Umverteilung und auf Transferzahlungen reduziert werden. Das Ziel muß zwar sein, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Dabei wäre eine Angleichung durch nachholendes Wirtschaftswachstum jedoch der falsche Weg. Dramatische ökologische Herausforderungen wie die nahende Klima katastrophe zwingen zur Selbstbeschränkung in Produktion und Konsum. Der Verbrauch von Rohstoffen und Energie sowie der Ausstoß von Schadstoffen müssen im Westen wie im Osten nachhaltig verringert werden.

Der auf Vergeudung beruhende westliche Lebensstil kann daher nicht der Maßstab sein. Für den Westen muß in zahlreichen Bereichen die Devise „Weniger, aber besser“ gelten. Insofern ist eine Konvergenz der beiden deutschen Gesellschaften, eine Neubestimmung von Lebensqualität und eine Abkehr von rein materieller Wohlstandsdefinition anzustreben. Der Westen muß dabei beispielhaft vorangehen und von seinem hohen Roß absteigen.